



AvH und DAAD werden in Wissenschaftsfreiheitsgesetz aufgenommen

AvH und DAAD werden in Wissenschaftsfreiheitsgesetz aufgenommen
Beide Organisationen brauchen bestmögliche Rahmenbedingungen
An diesem Donnerstag wird im Deutschen Bundestag in 2./3. Lesung über das gemeinsam von CDU/CSU und SPD initiierte Wissenschaftsfreiheitsgesetz für die außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen entschieden. Hierzu erklärt der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Albert Rupprecht: "Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) und die Alexander-von-Humboldt-Stiftung (AvH) gehören als Wissenschaftsorganisationen mit ins Wissenschaftsfreiheitsgesetz. Durch Stipendien für Studierende, Doktoranden und Hochschullehrer erfüllen sie eine wesentliche Funktion im Wissenschaftssystem. Durch die Alexander-von-Humboldt-Professur werden gar exzellente Wissenschaftler aus dem Ausland langfristig für Deutschland gewonnen. Daher brauchen auch diese beiden Organisationen bestmögliche Rahmenbedingungen. Einen entsprechenden Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Bundesregierung werden wir morgen im Forschungsausschuss des Deutschen Bundestages beschließen."
Hintergrund: Durch das Wissenschaftsfreiheitsgesetz werden in Nachfolge der Wissenschaftsfreiheitsinitiative aus dem Jahr 2008 den großen deutschen außeruniversitären Wissenschaftsorganisationen wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) oder der Helmholtz-Gemeinschaft (HGF) besonders wissenschaftsadäquate Rahmenbedingungen gewährt. So werden für diese Organisationen in den Bereichen Haushalt, Personal, Ausgründungen und Bauverfahren mehr Flexibilität und Eigenverantwortung gegenüber der allgemeinen Verwaltung umgesetzt. Das Wissenschaftsfreiheitsgesetz ist zugleich ein zentrales wissenschaftspolitisches Projekt des Koalitionsvertrages der christlich-liberalen Koalition.
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
fraktion@cducsu.de
http://www.cducsu.de
img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_510974" width="1" height="1"/>

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

CDU Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.